



**HERAUSFORDERUNGEN EINER URBANEN SCHWEIZ FÜR
DIE ZUSAMMENARBEIT VON SUCHTHILFE UND POLIZEI**

24 ▪ 06 ▪ 2015

Congresso Nazionale ▪ Nationale Fachtagung ▪ Journée nationale
Kongresshaus ▪ Palazzo dei Congressi ▪ Palais des Congrès ▪ Biel/Bienne

HERAUSFORDERUNGEN EINER URBANEN SCHWEIZ FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT VON SUCHTHILFE UND POLIZEI



Datum	Mittwoch ▪ 24. Juni 2015
Zeit	8.45 ▪ 16.30 Uhr
Ort	Kongresshaus ▪ Zentralstrasse 60 ▪ 2501 Biel
Sprachen	Deutsch, Französisch und Italienisch mit Simultanübersetzung

INHALT



Die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Polizei ist zentral für das Funktionieren der Vier-Säulen-Drogenpolitik des Bundes. In den vergangenen 20 Jahren sind verschiedene Kooperationsmodelle entwickelt worden. Diese Tagung thematisiert die Herausforderungen, denen sich diese Zusammen-arbeitsmodelle in einer sich urbanisierenden Schweiz stellen müssen. Die Palette an Themen geht von klassischen Fragen des Umgangs mit dem Konsum legaler und illegaler psychoaktiver Substanzen im öffentlichen Raum über die Frage der sozialen Kontrolle unter Peers bis hin zur Thematik von Gewalt und Exzess in Zentren der grossen Städte. Wir werfen ausserdem einen Blick ins Ausland, wo das Management des öffentlichen Raums in der Nacht zur Schaffung von Institutionen wie dem Nachtbürgermeister geführt hat.

ZIEL



- Stärkung des gegenseitigen Verständnisses und Vernetzung der Berufsgruppen von Polizei und Suchthilfe
- Vermittlung von aktuellen Grundlagen und Hintergrundinformationen
- Bekanntmachen von Beispielen guter Praxis der Zusammenarbeit

ZIELPUBLIKUM



- Mitarbeitende von Suchthilfe und Polizei aller Stufen
- Verantwortliche in Städten und Kantonen
- weitere Interessierte

ORGANISATION



Arbeitsgruppe *Zusammenarbeit zwischen Suchtfachleuten und Polizei* SuPo. Darin vertreten sind das Bundesamt für Gesundheit BAG, das Bundesamt für Polizei fedpol, Infodrog, der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB, die Schweizerische Kriminalprävention SKP, die Suchtfachverbände (GREA, TI Addiction) und die Städtische Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen SKBS.

PROGRAMM



Datum Mittwoch ▪ 24. Juni 2015
Zeit 8.45 ▪ 16.30 Uhr
Ort Kongresshaus ▪ Zentralstrasse 60 ▪ 2501 Biel
Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch mit Simultanübersetzung

	08:45		Registrierung und Begrüssungskaffee
	09:45		Begrüssung
			Olivier Guéniat, Chef de la police judiciaire neuchâteloise, criminologue, Neuchâtel
	10:00		Urbanität und ihre Herausforderungen
			Im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Repression Erfahrungen, Resultate und die aktuelle Situation in Basel-Stadt inkl. überraschende Nebeneffekte
			Walter Meury, Geschäftsführer, Suchthilfe Region Basel
			Blick ins Ausland: Management des nächtlichen Lebens in Paris
			Thierry Charlois, Leiter für Nacht-Projekte, Conseil de la Nuit, Mairie de Paris
	11:00		Pause
	11:20		Moderierte Workshops/Panels 1. Runde
	12:50		Mittagspause (Stehlunch)

PROGRAMM



Datum Mittwoch ▪ 24. Juni 2015
Zeit 8.45 ▪ 16.30 Uhr
Ort Kongresshaus ▪ Zentralstrasse 60 ▪ 2501 Biel
Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch mit Simultanübersetzung

-  14:00  **Moderierte Workshops/Panels 2. Runde**
-  15:30  Pause
-  15:50  **Die 24-Stunden-Gesellschaft – ein Blick auf zukünftige Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Polizei in der Schweiz**

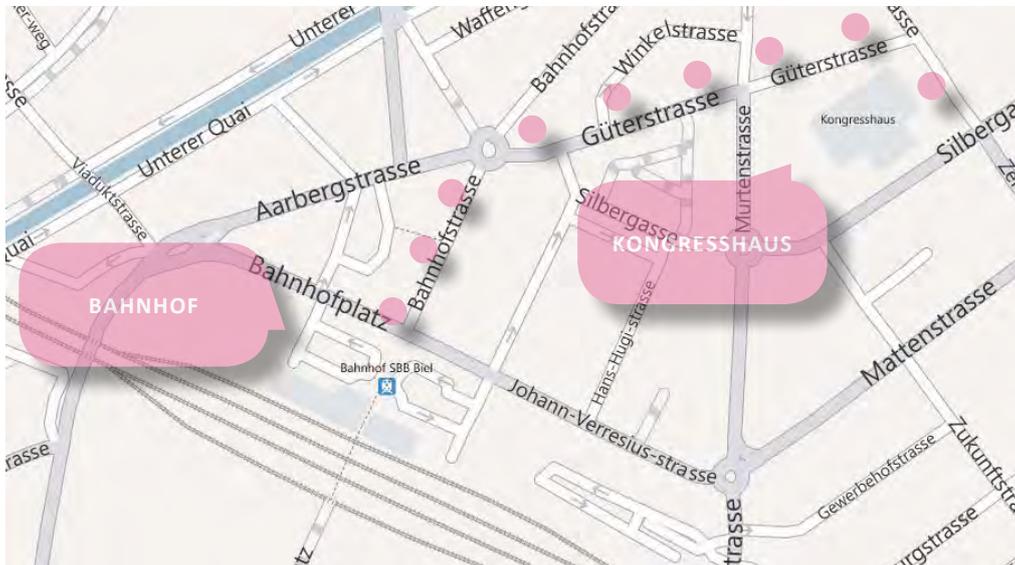
 Sandro Cattacin,
Ordinarius, Institut für Soziologie, Universität Genf
-  16:20  **Schlusswort**
 Andrea Arz de Falco,
Vizedirektorin Bundesamt für Gesundheit BAG, Bern
-  16:30  **Ende der Tagung**

-  **Moderation der Tagung**
-  Christian Schneider, Bundesamt für Polizei fedpol
-  Aline Bernhardt Keller, Infodrog

WORKSHOPS

									
11:20		14:00		1		2			
	D/F		D/F			Niederschwellige Suchthilfeangebote und Polizeiarbeit: Schnittstellen und Synergien 			
						MODERATION: Jean-Félix Savary, GREA, Lausanne			
						 Martine Baudin, Leiterin Première Ligne, Genève			
						 Nicolas Pythoud, Leiter Fondation ABS, Lausanne			
	D/F		D/F			Öffentlicher Raum, Alkohol und Gewalt: Aktuelle Fakten und Hintergründe 			
						MODERATION: Regula Hälg, Infodrog, Bern			
						 Birgit Laubereau, Projektleiterin Interface - Politikstudien Forschung Beratung, Luzern			
						 Denis Ribeaud, Wiss. Projektleiter, Kriminologische Forschungseinheit, Professur für Soziologie, ETH Zürich			
						 Stéphane Caduff, Leiter Prävention, Fondation vaudoise contre l'alcoolisme FVA, Lausanne			
	D/I		D/I			Gute Praxis: Lokale Initiativen zur Zusammenarbeit im Netzwerk 			
						MODERATION: Lucia Galgano, Infodrog, Bern			
						 Ueli Caluori, Polizeikommandant, Stadt Chur			
						 Sarah Petrocchi-Cavenago, Sozialarbeiterin, Ingrado, Viganello-Lugano  Stefano Mayor, Abt. Drogenbekämpfung, Kantonspolizei Tessin, Lugano  Orlando Gnosca, Kriminalpolizei, Kantonspolizei Tessin, Lugano			
D		D/F			(Un)kontrollierte Räume: Unterschiedliche Perspektiven auf den „öffentlichen“ Raum und seine Kontrolle 				
						MODERATION: Martin Boess, Schweiz. Kriminalprävention SKP, Bern			
						 Sara Landolt, Forschungsgruppenleiterin, Humangeografie, Geografisches Institut Universität Zürich			
						 Manuel Willi, Kantonspolizei Bern, Chef der Regionalpolizei Bern			
	D/F	D			Herausforderungen regionaler Zentrumsstädte: Neue Modelle der Zusammenarbeit 				
						MODERATION: Adrian Gschwend, BAG, Bern			
						 Maurice Illi, Stelle für Sicherheitsmanagement, Stadt Luzern			
						 Peter Lötscher, Abteilungsleiter Die Anlaufstelle – DAS, Winterthur  Attila Garamszegi, Dienstchef Stv., Stadtpolizei Winterthur			
						 Jürg Niggli, Geschäftsleiter Stiftung Suchthilfe, St. Gallen  Philipp Sennhauser, Leiter Sicherheit, Stadtpolizei St. Gallen			

LAGEPLAN



ORT



Kongresshaus ▪ Zentralstrasse 60 ▪ 2501 Biel ▪ info@ctsbil-bienne.ch ▪ www.ctssa.ch

KOSTEN



CHF 190.00 (inkl. Pausen- und Mittagsverpflegung)

AUSKUNFT



Infodrog, ++41(0)31 376 04 01 ▪ office@infodrog.ch

ANMELDUNG



www.infodrog.ch



IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN AKZEPTANZ UND REPRESSION ERFAHRUNGEN, RESULTATE UND DIE AKTUELLE SITUATION IN BASEL-STADT INKL. ÜBERRASCHENDE NEBENEFFEKTE



Walter Meury,
Geschäftsführer Suchthilfe Region Basel

Erfahrungen, Resultate und die aktuelle Situation in Basel-Stadt inkl. überraschende Nebeneffekte.

- Kurzer Rückblick auf die ersten Aktivitäten und Erfahrungen in den frühen 90er Jahren bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Sozialarbeit, auf dem Hintergrund von urbanen Veränderungen
- Unterschiedliche Widerstände und Erwartungen auf beiden Seiten
- Umstrittene Standorte und Standortkonkurrenz von Konsum- und Anlaufstellen und Nachtlebenangeboten
- Was braucht es, damit Zusammenarbeit möglich wird?
- Warum lohnt es sich, „das Unmögliche möglich zu machen“?



BLICK INS AUSLAND: MANAGEMENT DES NÄCHTLICHEN LEBENS IN PARIS



Thierry Charlois,
Leiter für Nacht-Projekte, Conseil de la Nuit, Mairie de Paris

Wie in den meisten europäischen Metropolen befindet sich auch in Paris das Nachtleben in vollem Aufschwung. Es ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für Paris, seine Wirtschaft und seinen Tourismus. Das Wachstum geht allerdings mit Exzessen wie Binge-Drinking, Lärmbelästigung und Verschmutzung einher. Eine Regulierung ist nötig, um die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten in ein Gleichgewicht zu bringen.

Um über die Diversifikation des Nachtlebens und das Zusammenleben zu reflektieren, hat die Stadt Paris die treibenden Kräfte von Behörden und Verwaltung, institutionelle Partner, Nachbarschaftsorganisationen, Präventionseinrichtungen, Gewerkschaften und Fachorganisationen zum Austausch zusammengebracht. Dieser Nacht-Rat wurde im Dezember 2014 gegründet. Es wurden sieben thematische Arbeitsgruppen geschaffen, die bereits eine ganze Anzahl von Vorschlägen für konkrete Aktionen entwickelt haben.

In dem Referat wird der Mehrwert eines transversalen, partizipativen Vorgehens zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Gesundheitsförderung und der Polizei aufgezeigt.

WORKSHOPS



NIEDERSCHWELIGE SUCHTHILFEANGEBOTE UND POLIZEIARBEIT: SCHNITTSTELLEN UND SYNERGIEN

Für Kontakt- & Anlaufstellen und andere gassennahe Suchthilfeangebote ist die Zusammenarbeit mit der Polizei, die im gleichen Raum operiert, besonders wichtig. Hier haben auch die Initiativen zur Kooperation zwischen Suchthilfe und Polizei ganz eigentlich begonnen. Die beiden Seiten haben sich zum Teil widersprechende Aufträge und sind auf eine Absprache untereinander angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Martine Baudin und Nicolas Pythoud beleuchten die Situation in Genf und Lausanne und stellen konkrete Voraussetzungen und Massnahmen der Zusammenarbeit zwischen den Säulen der Schadensminderung und der Repression/ Marktregulierung vor.



Martine Baudin,
Leiterin Première Ligne, Genève



Nicolas Pythoud,
Leiter Fondation ABS, Lausanne



Aufgrund des geltenden Betäubungsmittelgesetzes sehen sich die niederschweligen Kontakt- und Anlaufstellen (mit oder ohne Konsummöglichkeit) mit dem Paradox konfrontiert, dass sie mit ihrem Angebot einerseits einen Beitrag zur öffentlichen Gesundheit leisten, andererseits aber den Handel mit illegalen psychotropen Produkten anziehen, wobei Konsum, Verkauf und Kauf illegal bleiben.

Angesichts dieses Paradoxes ist es interessant, nach der Verantwortung der beiden Säulen Repression und Schadensminderung bei der Ausgestaltung der niederschweligen Angebote in den zwei Städten Lausanne und Genf zu fragen. In dem Workshop werden die zahlreichen Spannungsfelder und nötigen Regelungen beleuchtet und die Einschränkungen für die Akteure im Feld angesichts der politischen Vorgaben diskutiert. Die Suche nach dem «fragilen» Gleichgewicht zwischen öffentlicher Gesundheit und öffentlicher Ordnung sowie die Frage des Strassendeals bilden den roten Faden in unserem Workshop, wobei auch nach einer möglichen Co-Verantwortung in diesem in unseren Städten noch sensiblen Themenbereich gefragt wird.

Wir schlagen also eine Reflexion und einen Austausch zu folgenden Fragen vor:

- Wie steht es mit der Integration von drogenkonsumierenden Personen in unserer Stadt und welche Sichtbarkeit gestehen wir ihnen namentlich im öffentlichen Raum zu?
- Welche regulierende Rolle spielt eine niederschwellige Einrichtung für aktiv konsumierende Personen im Hinblick auf deren Nutzung des öffentlichen Raums? Hat eine Kontakt- und Anlaufstelle in Fragen der öffentlichen Ordnung eine Rolle zu spielen?
- Was können wir als Fachleute im Feld zur Formulierung einer Politik der öffentlichen Gesundheit beitragen, angesichts der Desintegration und Arbeitslosigkeit der Drogenkonsumierenden und ihres Bedürfnisses, sich nützlich zu machen und soziale Anerkennung zu erhalten?

WORKSHOPS



ÖFFENTLICHER RAUM, ALKOHOL UND GEWALT: AKTUELLE FAKTEN UND HINTERGRÜNDE

Die Belastung des öffentlichen Raums durch Gewalt, Vandalismus und Lärmbelästigung gerät zunehmend in den Fokus der öffentlichen Debatte. Als mögliche Ursachen werden häufig die veränderten Konsum- und Freizeitgewohnheiten ins Feld geführt. Aber welche Belege gibt es dafür? Wie hängt insbesondere der Alkoholkonsum im Ausgang mit Körperverletzungen, Tötlichkeiten und Ruhestörungen im öffentlichen Raum zusammen? Und welche strukturellen Rahmenbedingungen (Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebots in der Nacht, Liberalisierung der Öffnungszeiten im Gastgewerbe, etc.) spielen dabei eine Rolle? In diesem Workshop präsentieren Birgit Laubereau, und Denis Ribeaud die aktuelle Faktenlage aus der Forschung, Stéphane Caduff bringt die praktische Seite der Prävention im Alkoholbereich ein. Die Diskussion widmet sich den Schlussfolgerungen für die Zusammenarbeit zwischen Präventionsakteuren und der Polizei.



Birgit Laubereau,
Projektleiterin Interface - Politikstudien Forschung Beratung, Luzern



Welche Rolle spielt Alkoholkonsum bei Gewalthandlungen im öffentlichen Raum? Wo und wann finden alkoholasoziierte Gewalthandlungen im öffentlichen Raum statt und wer ist beteiligt? Unsere Studie, in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern, im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) hat 2013 diese Fragen untersucht. Dafür wurden rund 1'300 Polizeiangehörige in vier Regionen online befragt und die Thematik in knapp 20 Interviews mit verschiedenen Fachpersonen aus dem Feld reflektiert. Zudem wurde die Darstellung des Themas in den Medien über sechs Monate ausgewertet. Im Workshop werden die wichtigsten Ergebnisse der Studie präsentiert. Insgesamt waren bei 50 Prozent aller erfassten Gewalthandlungen (einschliesslich Ruhestörungen und Streitigkeiten) Alkohol im Spiel, wobei es deutliche Unterschiede nach Art der Delikte gab.



Denis Ribeaud,
Wiss. Projektleiter, Kriminologische Forschungseinheit, Professur für Soziologie, ETH Zürich



In diesem Beitrag untersuchen wir, wie sich Gewalt, Alkoholkonsum und Jugenddelinquenz in den letzten rund 15 Jahren im Dunkelfeld entwickelt haben und in welchem Bezug diese Entwicklungen zueinander stehen. Zu diesem Zweck analysieren wir die Daten der Zürcher Jugendbefragungen aus den Jahren 1999, 2007 und 2014. Im Rahmen dieser in der Schweiz einzigartigen Datenreihe wurden auf der Grundlage einer stets gleichen Methodologie repräsentative Stichproben von jeweils rund 2500 Neuntklässlern im Kanton Zürich befragt.

Nebst der Entwicklung von Gewalt, Substanzkonsum und Problemverhalten untersuchen wir weiter, ob eine Verlagerung der Jugendgewalt in den öffentlichen Raum festzustellen ist und ob sich andere kontextuelle Faktoren der Gewaltausübung über die Zeit verändert haben, wie etwa die Täter-Opfer-Beziehung, Gruppentäterschaften oder Alkohol- und Drogenkonsum zum Zeitpunkt der Tat.

Im dritten Teil diskutieren wir die Entwicklung ausgewählter Risikofaktoren von Gewalt und fokussieren dabei insbesondere auf Risikofaktoren in Zusammenhang mit dem Lebensstil.



Stéphane Caduff,
Leiter Prävention, Fondation vaudoise contre l'alcoolisme FVA, Lausanne



Die Prävention von risikoreichem Alkoholkonsum im Bereich Nightlife hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Im Workshop werden verschiedenen aktuellen Formen vorgestellt, anhand von Projekten in verschiedenen Settings (öffentlicher Raum, Klubs, Events) im Kanton Waadt.

Im Rahmen dieser Interventionen werden die Fachpersonen zum Teil mit aggressivem Verhalten von berauschten Personen konfrontiert.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Alkoholkonsum und Aggressivität? Ist es ein eindeutiger Kausalzusammenhang oder sind weitere Faktoren zu berücksichtigen?

Ausgehend von diesen Fragestellungen wird untersucht, welche Schlüsse für die Prävention im Nightlife-Bereich zu ziehen sind.

WORKSHOPS



GUTE PRAXIS: LOKALE INITIATIVEN ZUR ZUSAMMENARBEIT IM NETZWERK

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Polizei, Suchthilfe und weiteren Akteuren ist immer eine an die lokalen Problemlasten und Gegebenheiten angepasste Kooperation, in der oft auch persönliche Initiativen eine Rolle spielen. An konkreten Beispielen wird gezeigt, wie die Zusammenarbeit zustande kommt und funktioniert. Ueli Caluori geht auf die Netzwerkarbeit der Polizei mit Schulen, Sozialen Diensten, Prävention, Spitälern und Psychiatrischen Diensten in Chur ein. Sarah Petrocchi-Cavenago, Stefano Mayor und Orlando Gnosca stellen von Seiten der Suchthilfe angeregte Weiterbildungs- und Sensibilisierungskurse für Polizeibeamte zu Suchtfragen im Tessin vor, die zu einer engeren Kooperation zwischen den beiden Bereichen führten.



Ueli Caluori,
Polizeikommandant, Stadt Chur



In meinem Beitrag erläutere ich

- unsere Erfahrungen in den beiden Netzwerken „Jugend und Sicherheit“ und „Churer Nachtleben“ mit den Partnern: Schulsozialarbeit, Jugendanwaltschaft, Vormundschaftsbehörde, Opferhilfe, Jugendarbeit, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulpsychologischer Dienst, Gastro-Gewerbe, Verkaufsstellen, Jugendorganisationen usw.). In beiden Netzwerken spielt die Alkoholprävention eine wichtige Rolle.
- die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern im Alltag (Psychiatrische Dienste, Spitäler, Notschlafstelle, Asylunterkünften usw.)
- die Chancen und Risiken dieser Netzwerkarbeit; was funktioniert, wo tun wir uns schwer, was kann/muss verbessert werden?
- die Erfahrungen seit 2008 mit dem „Alkoholkonsumverbot auf öffentlichem Grund von 00.30 bis 07.00 Uhr“ und den suchtmittelfreien Zonen
- welche Massnahmen in Zukunft angestrebt werden



Sarah Petrocchi-Cavenago,
Sozialarbeiterin, Ingrado, Viganello-Lugano



Stefano Mayor,
Abt. Drogenbekämpfung, Kantonspolizei Tessin, Lugano



Orlando Gnosca,
Kriminalpolizei, Kantonspolizei Tessin, Lugano



Wir möchten in diesem Workshop als praktisches Beispiel die Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei im Kanton Tessin anschauen, eine Zusammenarbeit, die sich in die Drogenpolitik des Bundes einfügt und seit 2013 verstärkt wurde.

Das Hauptziel dieser Zusammenarbeit ist es, bestmöglich zugunsten der betroffenen drogenkonsumierenden Personen wie auch zum Schutz des öffentlichen Raums zu handeln. Dazu wurde im Tessin auf kantonaler Ebene eine professionelle Zusammenarbeit zwischen den Säulen Schadensminderung und Repression entworfen. Mit einem entsprechenden Kooperationskonzept versuchten wir, eine neue Perspektive anzubieten, damit Polizei und Suchthilfe ihren jeweiligen Auftrag so ausüben können, dass sie sich gegenseitig ergänzen statt sich entgegenzuarbeiten.

WORKSHOPS



(UN)KONTROLLIERTE RÄUME: UNTERSCHIEDLICHE PERSPEKTIVEN AUF DEN „ÖFFENTLICHEN“ RAUM UND SEINE KONTROLLE

Die Debatte zu Lebensqualität und Sicherheit in Schweizer Städten dreht sich oft um die Frage der Nutzung des öffentlichen Raums. Was soll im öffentlichen Raum erlaubt sein? Was nicht? Wer bestimmt darüber? Und wer kontrolliert den öffentlichen Raum? Dieser Workshop präsentiert zwei unterschiedliche Perspektiven auf diese und ähnliche Fragen. Sara Landolt erforscht, wie Jugendliche geographische und soziale Räume – soziale Medien – nutzen und wie sie mit Versuchen, diese zu kontrollieren, umgehen. Manuel Willi ist als Chef der Regionalpolizei Bern mit kontrollierten und unkontrollierten Räumen in der Stadt konfrontiert und berichtet über seine Erfahrungen im Umgang mit den daraus entstehenden Herausforderungen.



Sara Landolt,
Forschungsgruppenleiterin, Humangeografie, Geografisches Institut Universität Zürich



Erweiterung des Nachtlebens in den digitalen Raum

Das Nachtleben Jugendlicher findet nicht nur in Klubs und auf Plätzen des öffentlichen Raums statt, sondern auch – auf vielfältige Weise - im on-line Raum. Über soziale Medien werden „Freundschaftsgruppen“ für den Ausgang gebildet, Abende organisiert und Erlebnisse vom Ausgang in Wort und Bild geteilt, kommentiert und diskutiert. In der Nutzung sozialer Medien im Kontext des Nachtlebens und des Alkoholkonsums zeigen sich grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Nutzenden. Im Vortrag wird anhand eines aktuellen Forschungsprojekts auf solche „Erweiterungen“ des Nachtlebens in den digitalen Raum eingegangen, insbesondere darauf, in welchen Situationen Jugendliche Spass erleben und Normen etablieren, in welchen Situationen sie aber auch Risiken und Gefahren sehen, wie sie mit diesen umgehen und inwiefern sie ihre Praktiken im off- und online Nachtleben als „unter ihrer Kontrolle“ sehen.



Manuel Willi,
Kantonspolizei Bern, Chef der Regionalpolizei Bern



Städte nehmen eine Zentrumsfunktion ein - der öffentliche Raum wird intensiv genutzt. Die Nutzer und deren Bedürfnisse sind unterschiedlich. Es kann dabei zu Konflikten führen, wenn der öffentliche Raum durch Gruppierungen genutzt wird und andere dabei von der Nutzung ausgeschlossen oder in der Benutzung beeinträchtigt werden.

In der Bundesstadt Bern wurden letztes Jahr bei rund 220 Kundgebungen, davon deren 80 unbewilligt, und 360 Veranstaltungen polizeiliche Massnahmen getroffen. Vermehrt wird über soziale Medien zu unbewilligten Partys im öffentlichen Raum oder zu politischen Kundgebungen aufgerufen. Insbesondere an Wochenenden wird der öffentliche Raum auch in den Abendstunden stark genutzt, was kombiniert mit Alkohol- und / oder Drogenkonsum zu Problemen führen kann. Was sind hierbei die Herausforderungen? Wie sieht die rechtliche Situation aus und wie geht die Kantonspolizei Bern mit solchen Situationen um? Auf diese Fragestellungen wird im Referat aus Sicht der polizeilichen Praxis eingegangen.

WORKSHOPS



HERAUSFORDERUNGEN REGIONALER ZENTRUMSSTÄDTE: NEUE MODELLE DER ZUSAMMENARBEIT

Wenn in der Schweiz über Urbanisierung gesprochen wird, dreht sich die Diskussion meistens um Probleme in Zürich, Genf, Basel, Lausanne oder Bern. Doch auch kleinere Städte mit regionaler Zentrumsfunktion und grossem Einzugsgebiet sehen sich zunehmend vor Herausforderungen gestellt, die im Zusammenhang mit Substanzkonsum im öffentlichen Raum stehen. Vertreter aus Winterthur, St. Gallen und Luzern diskutieren aus verschiedenen Perspektiven in diesem Workshop, wie ihre Städte mit Herausforderungen für Sicherheit, Suchthilfe und die Zusammenarbeit zwischen PraktikerInnen beider Berufsgruppen umgehen.



Maurice Illi,
Stelle für Sicherheitsmanagement, Stadt Luzern



Die Stadt Luzern hat 2007 einen Sicherheitsbericht verabschiedet, der den Sicherheitsbegriff sehr integral auffasst – von Störungen im öffentlichen Raum bis zu Naturgefahren. Im Bericht wurde die Umsetzung von fast 90 Massnahmen empfohlen. Zur Koordination der Massnahmenumsetzung wurde die Stelle für Sicherheitsmanagement geschaffen. Dem Sicherheitsmanager steht die Arbeitsgruppe Sicherheit zur Seite mit Vertretern aus Polizei, SIP, Strassenreinigung und Soziales. Für die Bewirtschaftung des öffentlichen Raums, der in der Stadt Luzern immer individueller, intensiver und länger genutzt wird, setzt man auf ein breit abgestütztes Massnahmenbündel in den Bereichen Prävention (Belebung), Intervention (Polizei, SIP, Reinigung), Infrastruktur (Mobiliar, Beleuchtung) und enger Vernetzung aller Beteiligten – seitens Behörde wie auch Private.

Durch verschiedene Vernetzungsgremien kann je nach Thema (Nachtleben, Randständige, Fanausschreitungen, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum durch Spontannutzung) schnell und frühzeitig auf Probleme reagiert werden. Diese erfolgreiche Vorgehensweise – ein merklicher Rückgang von politischen Vorstössen und Medienberichten zu Sucht- und/oder Sicherheitsthemen ist feststellbar - wurde im Frühling 2015 in der Strategie „Nachtleben und öffentlicher Raum“ schriftlich festgehalten und von der Stadt- und Kantonsregierung gut geheissen.



Peter Lötscher,
Abteilungsleiter Die Anlaufstelle – DAS, Winterthur



Attila Garamszegi,
Dienstchef Stv., Stadtpolizei Winterthur



- Beschreibung der Ausgangslage: Winterthur ist mit rund 109'000 Einwohnern die sechstgrösste Stadt der Schweiz und die zweitgrösste im Kanton Zürich. Seit 2009 Umsetzung des Konzepts „SIWIS“ (Sichere Winterthurer Innenstadt) inklusive regelmässige Patrouillen durch die Velopolizei an den Brennpunkten. Der Personenkreis für Suchthilfe und Polizei umfasst ca. 400-500 Personen aus Stadt und Bezirk Winterthur.
- Kurze Vorstellung der Aufträge der Velopolizei und der Anlaufstelle DAS
- Gremien und Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei:
 - Drogenausschuss (2 x jährlich)
 - Begleitgruppe (mit Anwohnern, 2 x jährlich)
 - SIWIS Lagebericht (jeweils wöchentlich)
 - Vereinbarung P+S Winterthur und Stadtpolizei Winterthur zur Durchsetzung des Hausrechts
 - Austausch nach Bedarf auf Leitungsebene
- Darstellung der Bereiche, bei denen die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert und derjenigen, wo manchmal Fragen und Unsicherheiten entstehen



Jürg Niggli,
Geschäftsleiter Stiftung Suchthilfe, St. Gallen



Philipp Sennhauser,
Leiter Sicherheit, Stadtpolizei St. Gallen



Lebensqualität ist ein massgeblicher Wert einer Stadt. Sie zu erhalten und zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe des Gemeinwesens. Allgemein zunehmende Rücksichtslosigkeit und Gewaltbereitschaft gefährden die Sicherheit und damit auch die Lebensqualität. Sicherheit bedeutet, dass sich die Bevölkerung im öffentlichen Raum wohl fühlt. Niemand soll bestimmte Orte im öffentlichen Raum aus Angst vor Belästigung, Schmutz, latenter oder offener Bedrohung oder wegen rechtswidrigem Verhalten anderer bewusst meiden müssen. Zur Lebensqualität gehört auch, dass Randgruppen bestimmte Orte nutzen können, wo sie sich in weit gehender Eigenverantwortung aufhalten können und nötigenfalls auch betreut werden. Im Interesse der gesamten Bevölkerung braucht es für das Leben im öffentlichen Raum eine klare Grundhaltung. Diese Grundhaltung wurde durch die Stiftung Suchthilfe, das Jugendsekretariat und die Stadtpolizei St. Gallen erarbeitet und verabschiedet. In enger Zusammenarbeit sorgen diese drei Institutionen für eine Einhaltung und Durchsetzung dieser Grundhaltung und ermöglichen so ein geordnetes Nebeneinander im öffentlichen Raum.